

ZEHN JAHRE „BOLIVARIANISCHE REVOLUTION“ IN VENEZUELA

HUGO CHÁVEZ ZWISCHEN CHARISMA UND BÜROKRATIE

Georg Eickhoff



Dr. Georg Eickhoff
ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Venezuela.

Seit zehn Jahren regiert *Comandante* Hugo Chávez ein heruntergekommenes, von Korruption gezeichnetes Land – und es geht weiter bergab. Die Weltwirtschaftskrise erfasst Venezuela. Unmittelbar aus dem Erdöllexport bestreitet Chávez die Hälfte des aufgeblähten Staatshaushaltes, die andere Hälfte ist stark durch die Kaufkrafteffekte der Erdölwirtschaft bestimmt. Jetzt sinken die Einnahmen dramatisch, und die nationale Ölgesellschaft PDVSA leidet an schweren hausgemachten Problemen. Die simple Verteilungspolitik, auf die Chávez seine Popularität aufgebaut hat, stößt also an ihre Grenzen. Die Regionalwahlen vom 23. November 2008 mündeten in ein politisches Patt zwischen Regierung und Opposition. Aber die Stimmen waren noch nicht ganz ausgezählt, als der *Comandante* eine Verfassungsänderung ankündigte, die per Volksbefragung am 15. Februar 2009 mit großer Mehrheit beschlossen wurde und ihm die unbegrenzte Wiederwahl ermöglicht. Chávez erklärte sich sofort zum Kandidaten für eine dritte Amtszeit (2013 bis 2019).

Mit der Niederlage beim Verfassungsreferendum vom 2. Dezember 2007 hatte die „bolivarianische Revolution“ offenbar ihren Höhepunkt überschritten. Seither hat Präsident Chávez keine nennenswerten Erfolge mehr vorzuweisen, welche sei-

Seit zehn Jahren wird Venezuela, ein ruiniertes, im Abwärtstrend begriffenes Land, vom Linkspopulisten Hugo Chávez regiert. Gewaltkriminalität, Inflation, Arbeitslosigkeit und Korruption gehören zur Bilanz des Mannes, der indes mit dem Ausgang des jüngsten Referendums vom 15. Februar einen ungeahnten Sieg erringen konnte. Begründet hatte der *Comandante* den Vorstoß, der ihm die lebenslange Neukandidatur für das Präsidentenamt sicherte, mit den Worten „Ich werde hier sein, solange Gott will und solange das Volk befiehlt.“ Kreiert wurde diese Denkstruktur von Norberto Ceresole, *Spiritus rector* und Freund des Präsidenten, der, so Enrique Krauze, mit seiner Betonung des Volkes, das einen Führer ernennt und diesem befiehlt, dem Faschismus näher steht als dem Sozialismus. Chávez wird wohl noch eine Zeit lang die Macht behalten, denn die Opposition in Venezuela ist gelähmt, zersplittert und weitgehend ohne Konzept. Nur wenn es dem anti-chavistischen, demokratischen Lager gelingt, sich zu einen sowie ein überzeugendes Programm und eine kompetente Leitfigur zu präsentieren, hat sie die Chance, eines Tages die Bewegung des Oberst Chávez zu stoppen.

ne Akzeptanz steigern könnten. Die alles durchdringenden Alltagsprobleme haben sich dagegen weiter verschärft: Gewaltkriminalität, Inflation, Arbeitslosigkeit, Ineffizienz staatlicher Verwaltungen und Betriebe sowie die allgegenwärtige Korruption bestimmen das gesellschaftliche und politische Klima Venezuelas.

Im Regierungslager hat sich im Laufe des Jahres 2008 die Sozialistische Einheitspartei PSUV formiert und ihre Premiere bei den Regionalwahlen vom 23. November 2008 gut bestanden. Der durchschlagende Erfolg beim Verfassungsreferendum vom 15. Februar 2009 ist vor allem der neuen Parteiorganisation zuzuschreiben. Während die persönliche Anziehungskraft des *Comandante* zu verblassen scheint, kann eine straffe, ganz auf Kampagnenfähigkeit ausgerichtete Organisation offenbar immer noch für Legitimation per Stimmzettel sorgen. Nach der Herrschaftssoziologie Max Webers lässt sich dieser Prozess als „Veralltäglicung von Charisma“ beschreiben, der eine fortschreitende Bürokratisierung mit sich bringt. Rationale Organisation tritt an die Stelle spontaner Begeisterung für den Führer. Das zehnjährige Jubiläum der „bolivarianischen Revolution“ sowie die Regionalwahlen und das jüngste Verfassungsreferendum geben Anlass, in dem vorliegenden Beitrag die charismatische Herrschaft des Hugo Chávez genauer zu beleuchten und eine erste Bilanz der „Veralltäglicung“ seines Charismas zu ziehen.

In dieser Perspektive erscheinen die Gründung und die erste Erprobung der neuen Staatspartei als ein prägendes Ereignis nach zehn Jahren Revolution in Venezuela. Ein eigenständiger Machtfaktor wird die Sozialistische Einheitspartei aber kaum werden. Die Kader gehorchen ihrem Staats- und Parteichef bedingungslos. Er achtet darauf, dass die Partei nicht zur Bühne oder Basis für eigenständige Führungspersönlichkeiten wird. Mögliche Konkurrenten statet er mit Ämtern aus, die seinem unmittelbaren Befehl und seiner täglichen Kontrolle unterworfen sind. Der Partido Socialista Unido de Venezuela versteht sich als ein „Heer“ unter dem Kommando des Revolutionsführers. Aktive oder ehemalige Militärs prägen den Stil der Staatspartei.

In regelmäßigen Abständen kommt es zu Abspaltungen im Regierungslager. Im Regionalwahlkampf hatte Chávez seine bisherigen Bündnispartner, die traditionsreiche, aber kleine kommunistische Partei und die linkssozialistische Splitterpar-

tei Patria Para Todos (PPT), scharf angegriffen und gedroht, sie zu „vernichten“. Im gleich anschließenden Wahlkampf für das hastig angesetzte Referendum, das dem Präsidenten die unbegrenzte Wiederwahl ermöglichen und damit auch interne Konkurrenzprobleme lösen sollte, unterstützten die Kommunisten ihn weiterhin mit erstaunlicher Selbstverleugnung. Dagegen verfolgte PPT eine eigene Linie und fordert die unbegrenzte Wiederwahl auch für Bürgermeister und Gouverneure. Die Staatspartei PSUV widersprach zunächst mit großer Schärfe. Bei dem Referendum gehe es allein um den genialen und unersetzlichen Comandante, von dem das Schicksal des Volkes abhängen. Der Revolutionsführer selbst hat mitgeteilt, man hätte auch Picasso nicht austauschen können, während er Guernica malte.

Angeichts schlechter Umfragewerte machte Chávez Anfang Januar eine Kehrtwende und forderte die unbegrenzte Wiederwahl für alle gewählten Amtsträger. Auf diese Weise spannte er die frisch gewählten Bürgermeister und Gouverneure für sein personalistisches Projekt ein. Zum Herrschaftselement des Charismas trat damit die Mobilisierung eines vertikalen Verwaltungsapparates. Alle Beobachter waren sich am Ende einig, dass Venezuela noch nie in seiner Geschichte eine so stark vom Missbrauch der Staatsgewalt und dem illegalen Einsatz der staatlichen Unternehmen geprägte Kampagne gesehen hat wie diese im Vorfeld des Referendums vom Februar 2009.

POLITISCHES PATT, WAHLZIEL VERFEHLT

Die junge Regierungspartei PSUV hat nach offiziellen Angaben bereits 6,2 Millionen Mitglieder. Das selbstgesteckte Ziel bei den Regionalwahlen lautete sieben Millionen Stimmen. Summiert man alle für chavistische Kandidaten abgegebenen Stimmen bei den Gouverneurswahlen, so kommt man auf die Zahl von rund 5,4 Millionen, also erheblich weniger als die Staatspartei Mitglieder hat. Die Opposition addiert ihre Stimmen bei der Wahl vom 23. November 2008 auf insgesamt rund 4,1 Millionen. Bei den Bürgermeisterwahlen haben alle Oppositionsparteien gemeinsam sogar – in reinen Stimmen gemessen – knapp die Nase vorn. Aufgrund der Zersplitterung in zahlreiche Parteien mit Einzelkandidaturen hat sich dies aber nicht in errungenen Mandaten niedergeschlagen. Vor allem aufgrund eher symbolischer

Bei den Bürgermeisterwahlen haben alle Oppositionsparteien gemeinsam – in reinen Stimmen gemessen – knapp die Nase vorn.

Einzelsiege in Caracas, in Miranda und Táchira wurde das Gesamtergebnis der Regionalwahlen als politisches Patt gedeutet.

Das unmittelbar folgende Februar-Referendum ist dagegen trotz erheblicher Deutungsakrobatik der Opposition klar als Sieg für Chávez und seine Staatspartei zu verbuchen. Mit 6,3 Millionen Ja-Stimmen hat er die magische Sieben zwar wiederum verfehlt, aber auch die Opposition kann mit ihren 5,2 Millionen nicht zufrieden sein. Immerhin kann sie sich freuen, dass vorne erstmals seit zehn Jahren eine Fünf steht. Das Ergebnis in Prozenten spricht eine klare Sprache: 55 für Chávez, 45 für die Opposition. Die Wahlbeteiligung war mit genau 70 Prozent erstaunlich hoch, ein Mobilisierungserfolg der neuen Staatspartei.

	Millionen Stimmen	
	Regierung	Opposition
Präsidentschaftswahlen 2006	7,3	4,3
Verfassungsreferendum 2007	4,3	4,5
Regionalwahlen 2008	5,4	4,1
Verfassungsreferendum 2009	6,3	5,2

Das gescheiterte Verfassungsreferendum vom Dezember 2007 war durch die massive Wahlenthaltung der ansonsten mit Chávez sympathisierenden Bürger entschieden worden. Die maßvollen Fortschritte der Opposition bei den Regionalwahlen 2008 sind dagegen auf die erfolgreiche Ansprache der überwiegend oppositionellen Mittelschicht und etwa eines Drittels der armen Bevölkerung zurückzuführen. Allerdings konnte die in zahlreiche Parteien zersplitterte Opposition nur dort erfolgreich sein, wo sie gemeinsame Kandidaten nominierte.

Die „demokratische Alternative“, wie sich die Opposition inzwischen lieber bezeichnet, besetzt jetzt strategische Positionen: Antonio Ledezma ist Alcalde Mayor der Hauptstadt, die aus fünf Distrikten mit ihren jeweiligen Alcaldes (Bürgermeistern) besteht, von denen vier der Opposition angehören. Henrique Capriles Radonski ist Gouverneur des Staates Miranda, der die Hauptstadt umgibt. Der Christdemokrat Carlos Ocariz ist Alcalde im symbolträchtigen Armenviertel Petare, und wird damit zum Stachel im Fleisch des *Comandante*. Hin-

zu kommen die Siege in den Stammlanden der Opposition: Zulia, Táchira, Nueva Esparta und Carabobo. Die von der Opposition hart erkämpften Gebiete beherbergen 45 Prozent der Bevölkerung und erwirtschaften 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Der Chavismus herrscht dort, wo die Bevölkerung überwiegend direkt vom Staat abhängig ist, also im Staatsdienst steht oder von Transferzahlungen lebt.

Die von der Opposition hart erkämpften Gebiete beherbergen 45 Prozent der Bevölkerung und erwirtschaften 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Offenbar hatte das Ergebnis der Regionalwahlen den *Comandante* persönlich schwer getroffen. Er wusste am besten, welcher unglaubliche – auch illegale – Aufwand nötig war, um das unbefriedigende Ergebnis zu erstreiten. Von einer spontanen Zustimmung der Massen konnte keine Rede sein. Wenn es ein Sieg war, dann ganz offensichtlich einer „mit Hängen und Würgen“. Der 23. November war alles andere als eine Aklamation für den charismatischen Caudillo. Chávez machte sich aber nicht lange Gedanken, wie er seine gestörte Beziehung zum „Volk“ wieder herstellen könne. Mit der unverzüglichen Ankündigung des Referendums über die unbegrenzte Wiederwahl stellte er das Verhältnis Volk-Führer wieder in den Mittelpunkt jeglicher Diskussion und Aktion.

DER CAUDILLO UND DIE MASSEN

„Ich werde hier sein, solange Gott will und solange das Volk befiehlt.“ In diese Worte kleidete der Präsident seinen Befehl an das Parlament, ihm die unbegrenzte Wiederwahl durch Beantragung des Referendums zu ermöglichen. Die Denkfigur, wonach das Volk seinem Führer einen militärischen Befehl gibt, stammt von jenem schillernden Norberto Ceresole, der in den Jahren 1994 und 1995 zu den engsten Freunden des jungen Offiziers und Putschisten Hugo Chávez zählte. In einem alten Auto fuhren sie monatelang über die staubigen Straßen der venezolanischen Provinz, besuchten abgelegene Dörfer und genossen den unmittelbaren Kontakt zum „Volk“.

Kurz nach der Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten Ende 1998 hielt sich Ceresole (1943–2003) häufig in Caracas auf und galt als Berater des Staatsoberhauptes. In den frühen siebziger Jahren gehörte er der Guerilla der „Montoneros“ in Argentinien an und besuchte den Ex-Präsidenten Juan Domingo Perón im Exil. In Peru, wo er die linke Militärdiktatur unter Juan Velasco Alvarado beratend unterstützte, kam er mit dem

sowjetischen Geheimdienst in Kontakt und beteiligte sich an Waffengeschäften. In der Sowjetunion wurde er Mitglied der Akademie der Wissenschaften und lehrte an der Militärakademie. In seiner Heimat pflegte er enge Kontakte zur Militärregierung und später zu jenen Gruppen im Heer, die in den achtziger Jahren gegen die neue Demokratie aktiv wurden. Er vertrat die Hisbollah in Spanien. Besonders bekannt wurde er durch seine Schriften, die den Holocaust leugnen und dem israelischen Geheimdienst Mossad eine zentrale Rolle bei antisemitischen Aktivitäten weltweit zuschreiben.

Chávez hat mehrfach seine Freundschaft mit Ceresole und die Bewunderung für dessen Werk zum Ausdruck gebracht.

Chávez hat mehrfach seine Freundschaft mit Ceresole und die Bewunderung für dessen Werk zum Ausdruck gebracht. Aus Ceresoles fleißigem Schaffen stammen zwei kleinere, wenig systematische Schriften über Venezuela unter Chávez, die im Internet und bei einem obskuren spanischen Buchverlag publiziert wurden (siehe <http://www.analitica.com/bitblio/ceresole/>).

Mit seiner zentralen Denkfigur des befehlenden Volkes bezieht sich Ceresole ganz spezifisch auf die erste Wahl des Präsidenten Chávez vor zehn Jahren: „Der Befehl, den das Volk Venezuelas am 6. Dezember 1998 erlässt, ist klar und unerbittlich. Eine physische Person, nicht etwa eine abstrakte Idee oder irgendeine ‚Partei‘, wurde durch dieses Volk ‚abgeordnet‘, eine Macht auszuüben.“ (Ceresole, *Caudillo, Ejército, Pueblo*, ebd., Tempuswechsel im Original.)

Zum Jubiläum dieses historischen Wahlganges nahm Präsident Chávez am 6. Dezember 2008 denselben Gedanken wieder auf: „Es ist das Volk, das jetzt den entscheidenden Hebel in seinen Händen hält, um die großen Entscheidungen zu treffen, die den Weg der neuen nationalen Geschichte weisen werden. Ich werde hier sein, solange Gott will und solange das Volk befiehlt.“ Mit diesem „befehlen“ ist der spezifische militärische Akt gemeint. Am 3. Dezember sagte Chávez in Cumaná: „Sehen Sie, ich bin ein Soldat, ich werde hier sein, solange Gott will und solange das Volk befiehlt. – Miren, yo lo que soy es un soldado, yo estaré aquí hasta que Dios quiera y hasta que el Pueblo mande.“ Und in derselben Rede führt er nochmals aus: „Wir sind hier nicht in der Situation, wo ein Mann befiehlt und ein Volk gehorcht, sondern in einer Situation, wo ein Volk befiehlt und es ein Mann ist, der gehorcht, denn ich werde immer dem Willen des Volkes gehorchen.“

Der Bezug auf das Werk Ceresoles könnte nicht deutlicher sein. Wenn sich der Revolutionsführer in diesen Tagen und Wochen so intensiv an den Kerngedanken seines argentinischen Weggefährten und Beraters erinnert, dann lohnt es sich, nachzuschauen, wie Ceresole das charismatische Verhältnis von Volk und Führer versteht und welche Schlüsse sich daraus für die Gegenwart und die nähere Zukunft ziehen lassen. Hier sei deshalb die Übersetzung einer Schlüsselpassage aus der Schrift Ceresoles über Venezuela eingefügt. Es handelt sich dabei um die Transkription eines Gespräches mit einigen jungen Offizieren aus dem engsten Umkreis des *Comandante*, das Anfang Januar 1999 im Hotel des Círculo de las Fuerzas Armadas in Caracas stattfand:

„Das Volk Venezuelas hat einen Caudillo hervorgebracht. Der Kern der gegenwärtigen Macht ist genau diese Beziehung zwischen Führer und Massen. Diese einzigartige und unverwechselbare Natur des venezolanischen Prozesses kann nicht verzerrt und nicht fehlinterpretiert werden. Es handelt sich um ein Volk, das einem Anführer, einem Caudillo, einem militärischen Führer einen Befehl gegeben hat. Er hat die Pflicht, diesen Befehl zu erfüllen, den ihm dieses Volk gegeben hat. Deshalb ist das Einzige, worauf es uns hier ankommen muss, die Erhaltung dieser Beziehung Volk-Führer. Sie ist der Kern dieser neuen Macht. Das ist die Essenz des Modells, das Sie hervorgebracht haben. Wenn diese Beziehung erhalten bleibt, wird der Prozess seinen Weg fortsetzen; wenn sie zerbricht, wird der Prozess degenerieren und eine der wichtigsten Erfahrungen der letzten Jahrzehnte wird vernichtet.“ (*Caudillo, Ejército, Pueblo*)

Deshalb ist das Einzige, worauf es uns hier ankommen muss, die Erhaltung dieser Beziehung Volk-Führer.

Inzwischen hat es sich im chavistischen Lager allgemein durchgesetzt, die Revolution – angefangen vom „Caracazo“, dem Volksaufstand vom 27. Februar 1989, bis zur Gegenwart – als „den Prozess“ zu bezeichnen, so wie es Ceresole hier vormacht. Es ist unüblich zu sagen: „Ich bin Chavist. – Soy chavista.“ Den Ausdruck *chavista* benutzt eher die Opposition. Man sagt vielmehr: „Estoy con el proceso.“ Dabei kommt der wichtige Unterschied der beiden spanischen Verben für *sein* zum Tragen: *ser* und *estar*. Ein solches *estar* ist das kunstvolle Produkt aus Identität und intellektueller Haltung, kein vorgegebenes *ser*. Wie geht es nun weiter – zehn Jahre nach dem historischen Befehl des Volkes an Chávez? Was wird aus dem „Prozess“?

Die Fortsetzung des Gesprächs im *Círculo de las Fuerzas Armadas* könnte Aufschluss geben. Dem Offizier Ronald Blanco La Cruz, der zehn Jahre später – im Januar 2009 – aus seinem Amt als Gouverneur von Táchira scheiden sollte, antwortete Ceresole damals auf die Frage nach der Besonderheit des venezolanischen Prozesses:

„Die Beziehung Volk-Führer muss vor allen anderen Dingen verteidigt werden. Deshalb wird es nötig sein, sich mit aller Energie gegen jeden Versuch zu stemmen, die Macht zu ‚demokratisieren‘. Die Macht ‚demokratisieren‘ hat heute in Venezuela einen klaren und eindeutigen Sinn: Es bedeutet die Macht ‚verflüssigen‘, es heißt die Macht ‚in Gas verwandeln‘, es heißt die Macht annullieren. [...] Es gibt keine Macht des Volkes ohne eine starke Führung. [...] Das Verschwinden des Führers ließe die Massen im Zustand vollständiger Wehrlosigkeit zurück.“ (*Caudillo, Ejército, Pueblo*)

Dies ist das Denken, das mitschwingt, wenn Chávez sagt, das Volk habe ihm den Befehl erteilt, für weitere zehn Jahre sein Führer zu sein. Mit einer Demokratisierung des Chavismus ist definitiv nicht zu rechnen. Die Zerstörung der intermediären Strukturen zwischen Führer und Volk wird bei Ceresole zum Programm und ist derzeit in Venezuela zu besichtigen. Das jüngste Referendum über die Wiederwahl ist die aktuelle Gestaltungsform der Beziehung Volk-Führer. Es darf nicht mit dem demokratischen Prozess verwechselt werden. Das Referendum ersetzt den demokratischen Prozess.

Ceresole lobt den Chavismus als erstes großes und gelungenes Beispiel der „Postdemokratie“.

Ceresole lobt den Chavismus als erstes großes und gelungenes Beispiel der „Postdemokratie“.

In der Postdemokratie wird der plurale Diskurs durch militärische Organisation des zivilen Lebens ersetzt. Das Militär ist die wichtigste Brücke zwischen Volk und Führer. Die neue Staatspartei folgt nicht dem demokratisch-partizipativen, sondern dem militärischen Paradigma, sie ist kein Raum der bürgerschaftlichen Teilhabe, sondern reiner Transmissionsriemen.

Der mexikanische Historiker Enrique Krauze hat in der Woche nach den Regionalwahlen sein bemerkenswertes Buch über Chávez in Caracas vorgestellt. Mario Vargas Llosa lobt das Werk als gelungenes Porträt des Revolutionsführers, seiner Anhänger und seiner unverdrossenen Gegner (*El País*, Madrid, 14. Dezember 2008). Die Lektüre von *El poder y el delirio* (dt.: *Macht und Delirium*, Caracas, Editorial Alfa, No-

vember 2008, 373 Seiten) weckt bei Vargas Llosa die Hoffnung auf eine baldige Überwindung des Chavismus. Das Modell des Präsidenten sei ausgeschöpft, und die Opposition formiere sich.

Die Passagen, die Krauze dem Phänomen Ceresole widmet, hebt sein berühmter Rezensent besonders hervor. Vargas Llosa unterstreicht dabei in Übereinstimmung mit Krauze, dass der Chavismus weniger mit dem Sozialismus als mit dem Faschismus gemeinsam habe. Der Heldenkult und der Militarismus, so Enrique Krauze, seien die wesentlichen Merkmale der persönlichen Mentalität des Revolutionsführers und seiner Bewegung. Das wahre Vorbild sei nicht Fidel Castro, sondern Juan Domingo Perón. Krauze und Vargas Llosa sehen den Peronisten Ceresole am Werk.

El poder y el delirio gehört zum Besten unter dem Vielen, was bisher über Chávez und das zeitgenössische Venezuela geschrieben wurde. Meisterhafte ideengeschichtliche und politische Analyse und Synthese verbinden sich mit brennender Aktualität und ebenso aufgeklärter wie abgewogener Meinungsfreudigkeit. Dass der obskure Norberto Ceresole überhaupt Eingang findet in ein Werk von solchem Anspruch, sagt wenig über ihn, aber viel über Chávez und den Chavismus.

ZEHN JAHRE CHÁVEZ, EINE ERNÜCHTERNDE BILANZ

In den zehn Jahren seiner Regierung verfügte Hugo Chávez über größere Staatseinnahmen als alle demokratischen Präsidenten von 1958 bis 1998 gemeinsam. 850 Milliarden Dollar hat Venezuela in dieser Dekade für sein Erdöl bekommen. Die Bürger fragen sich: Wo ist all dieses Geld geblieben? Chávez findet keine überzeugende Antwort, und er wird sie schuldig bleiben müssen. Die Zerstörung effizienter Verwaltungsstrukturen wurde im Geiste Ceresoles zum Programm erhoben. Eine rationale Bürokratie lässt Chávez nur in Form einer Partei zu, die seine personalistischen Kampagnen durchführt. Dagegen leidet die ordentliche Staatsverwaltung unter dem Exzess des charismatischen Prinzips. Ineffizienz des Staatshandelns ist zum Hauptmerkmal der „bolivarianischen Revolution“ geworden. Der sichtbare Verfall der öffentlichen Infrastruktur, die Zerstörung

Eine rationale Bürokratie lässt Chávez nur in Form einer Partei zu, die seine personalistischen Kampagnen durchführt.

der einheimischen Wirtschaft und eine rasant ansteigende Gewaltkriminalität sind das Ergebnis.

Die Zeitschrift SIC, die vom sozialen Forschungs- und Bildungszentrum der Jesuiten, Centro Gumilla, herausgegeben wird, bilanziert in einem monographischen Heft ein Jahrzehnt Chávez (siehe <http://gumilla.org>). Das Centro Gumilla sieht sich in der Tradition der Befreiungstheologie und versucht, die „vorrangige Option für die Armen“ der lateinamerikanischen Bischofskonferenz mit Leben zu füllen. Vor diesem Hintergrund sind die Autoren bereit, den sozialen Gehalt der „bolivarianischen Revolution“ ernst zu nehmen und anzuerkennen. Mehrere von ihnen sind Chávez-Sympathisanten gewesen, manche sind es noch und alle haben wohlbegründetes Verständnis für jene zahlreichen Venezolaner, die Chávez weiterhin unterstützen. Diese besondere Positionierung macht das Heft zu einem interessanten Dokument der Zeitgeschichte. Es ist die Bilanz einer großen Ernüchterung.

Die linke Historikerin Margarita López Maya, die gelegentlich auch in der Zeitung *Neues Deutschland*, Berlin, zu Wort kommt, liefert ein gelungenes und ausgewogenes Gesamtbild, aber ihr Schluss ist überraschend. Sie hält den „definitiven Kollaps des bolivarianischen Projektes“ für möglich, wenn der Ölpreis weiter fallen und kein Konsens über eine neue Sozialpolitik erreicht werden sollte. Ein solcher Konsens – das bleibt unausgesprochen – ist nicht wahrscheinlich. Was danach komme, sei „mit Sicherheit“ nicht Demokratie, meint López Maya.

„An allen Enden des Chavismus herrscht Angst“, schreibt der Jesuitenpater Yovanny Bermúdez. Der Dauerkonflikt, den der Revolutionsführer an vielen Fronten gleichzeitig inszeniere, nähre diese Angst. Chávez stehe für eine „Zukunft voller Gewalt“. Man sehe überall nur noch sein Foto. „Er hat den Diskurs der Armen fallen lassen. Die Teilhabe, die er versprochen hat, ist verdampft. [...] Die Mehrheit des Landes lehnt Chávez' revolutionären Stil ab.“

Die Journalistin Laura Weffer Cifuentes versucht das Innenleben der chavistischen Machtgruppe zu beleuchten. Der „militärische Flügel“ innerhalb der Regierung habe den „zivilen Flügel“ verdrängt. So kann man nicht fliegen. Innerhalb der Regierung sei die Kommunikation tief gestört. „Die Minister selbst wenden einen Teil ihrer Einkünfte auf, um ‚Information

zu kaufen' über die alltäglichsten Bewegungen des Präsidenten und vor allem darüber, mit wem er zusammenkommt und mit wem nicht. Das ist die einzige Art mitzuhalten."

José Roberto Duque kritisiert den Chavismus von links, aus einer anarchistisch anmutenden Verbundenheit mit „prächavistischen Volksorganisationen“. Diese werden überleben, verkündet Duque, „wenn die chavistische Regierung (auch bolivarianische genannt) aus dem Amt scheidet“. Die originären informellen Organisationen der Armen seien vom Chavismus unabhängig und „bilden keinen ursprünglichen und wesentlichen Teil des chavistischen Projektes“. Die Linke hat schon lange begonnen, den Postchavismus zu denken.

Die originären informellen Organisationen der Armen seien vom Chavismus unabhängig.

Der bärtige Pater Pedro Trigo ist die graue Eminenz des Centro Gumilla. Es ist deshalb nicht ganz trivial, wenn er die Aufgabe übernommen hat, in einem wahren Gewaltmarsch das Terrain der demokratischen Opposition abzustecken. Er liefert in acht Punkten fast schon ein Regierungsprogramm und will damit seine Kernaussage unterstreichen: „Wir sind überzeugt, diejenigen, die bereit sind, eine Alternative zu Chávez zu unterstützen, bilden die Mehrheit, eine Mehrheit zudem, die sich durch Dynamik und Verantwortlichkeit auszeichnet und die hinreichend vielfältig ist, um eine solide Basis für ein langfristiges Projekt zu bilden.“ Ein solches Lob aus dem Mund des angesehenen Jesuitenpaters, der die Lebensbedingungen der Armen Venezuelas wie kaum ein zweiter studiert hat, wird die politischen Führer der venezolanischen Opposition außerordentlich freuen, wenn ihnen die Zeitschrift SIC in die Hände fallen sollte.

Das schmale Kompendium erfreut durch seine Klarheit und Knappheit. Wirtschaft, Bildung, internationale Beziehungen, Medien und Kirche werden in jeweils eigenständigen Artikeln angemessen abgehandelt, auch wenn einige schwache Beiträge dabei sind. Der Abriss von Ramón Espinasa über das Erdöl in der Chávez-Dekade hat es allerdings in sich. Der ehemalige Chefökonom der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA sieht seine Firma vor dem Kollaps. Die Entlassung von über 20 000 hochqualifizierten, aber nicht regimetreuen Mitarbeitern im Jahr 2003 habe PDVSA „tödlich verletzt“. Die hohen Ölpreise haben die Situation sogar verschlimmert, weil sie eine nüchterne Diagnose des Zustands der Firma verhindert

haben, so Espinasa. Aus eigener Kraft wird Venezuela sein mit weitem Abstand wichtigstes und größtes Unternehmen nicht wieder rentabel machen können. Hier liege eine der ganz großen Herausforderungen der Post-Chávez-Ära.

Der Chefredakteur von SIC, Arturo Peraza S.J., wagt die Zusammenfassung von zehn Jahren Revolution in einem Satz: „Wenn wir in wenigen Zeilen Bilanz ziehen, treffen wir auf ein Projekt, das die soziale Teilhabe der Armen gefördert hat, aber nicht den Pluralismus, den diese Teilhabe erfordert; das dem Volk die Macht anvertrauen wollte, aber einen neuen Zentralismus verfolgt; das einen starken Staat voraussetzt, ihn aber eher zerstört hat; das die Freiheit auf dem Weg der Gleichheit sucht, aber schwerwiegenden sozialen Ausschluss hervorgebracht hat.“ Folgt man dieser Charakterisierung, so wird das Projekt an seinen inneren Widersprüchen scheitern.

Folgt man dieser Charakterisierung, so wird das Projekt an seinen inneren Widersprüchen scheitern.

„Nach zehn Jahren ist nicht sichtbar, dass es auf Seiten des Chavismus die Möglichkeit geben könnte, sein Personal zu erneuern.“ Also wird die Zeit ihr Urteil sprechen.

WIE GEHT ES DER OPPOSITION?

Betrachtet man die Opposition mit pastoralem Blick wie Pater Trigo, dann kommt man vielleicht zu etwas optimistischeren Aussagen, als sie bei einer politischen Analyse erlaubt sind. Es war eine unverzichtbare öffentliche Pflichtübung der vielen Oppositionsführer, nach den Wahlen vom 23. November einen großen Sieg zu verkünden. Statt in zwei Staaten regiert die Opposition nun in fünf und stellt den Alcalde Mayor von Caracas, ein symbolischer Erfolg, der gar nicht oft genug erwähnt werden kann. Die zahlreichen regierungskritischen Medien, die allerdings keine große Marktdurchdringung erreichen, haben sich diesem Zweckoptimismus gerne angeschlossen. Wenn es ein positives Detail über die venezolanische Opposition zu melden gibt, dann ist es in den Wochen nach der Wahl auch gedruckt oder gesendet worden. Das enttäuschende Ergebnis des Februar-Referendums wirkte daraufhin wie eine kalte Dusche.

Inzwischen überwiegt bei der Opposition wieder die Selbstkritik, und man weiß sich weit davon entfernt, eine gangbare „demokratische Alternative“ zu präsentieren. Einige Niederlagen bei den Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen waren selbstverschuldet, knapp und schmerzhaft. Die Analyse – an-

gereichert durch die regional sehr unterschiedlichen Ergebnisse des Referendums – wird auf hohem professionellem Niveau durchgeführt. Zwei realistische und bescheidene Grundannahmen sind inzwischen Gemeingut der Opposition, und es besteht ein Konsens über sie:

- 1) Chávez wird sich selbst erledigen, jedoch nicht durch die autonome Kraft der Opposition bezwungen.
- 2) Demokratie kommt nur durch Demokratie. Die Ablösung des Präsidenten wird irgendwann einmal durch friedliche Abwahl erfolgen.

Bei den Bürgermeisterwahlen musste die Opposition einen fast traumatisierenden Rückschlag einstecken. Sie hat von den wenigen Rathäusern, die sie bis zum 23. November halten konnte, sogar noch über die Hälfte räumen müssen und stellt jetzt nur noch 42 von 326 neugewählten Bürgermeistern. Für eine nachhaltige Stärkung der Parteien von unten her gibt das kommunale Feld nicht genug her.

Jetzt wird viel davon abhängen, ob sich die demokratischen Parteien auch in ihrem Inneren demokratischen Spielregeln unterwerfen, was in den meisten Ländern der Welt eher die Ausnahme als die Regel ist. In Venezuela erscheint dies strategisch notwendig, um das Vertrauen der Wählerschaft zurück zu gewinnen. Die demokratischen Parteien müssen sich für Kandidaturen von profilierten Quereinsteigern öffnen, um bei den anstehenden Wahlen der kommunalen und der nationalen Abgeordneten erfolgreich zu sein. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, wenn gegenwärtig fast jedem, der etwas Kluges zu sagen hat oder der etwas Interessantes tut, nachgesagt wird, er wolle demnächst auf irgendeiner Liste kandidieren. Man darf das vielleicht als ein Vorzeichen der Stärkung der Parteien aus der Zivilgesellschaft heraus deuten.

Jetzt wird viel davon abhängen, ob sich die demokratischen Parteien auch in ihrem Inneren demokratischen Spielregeln unterwerfen, was in den meisten Ländern der Welt eher die Ausnahme als die Regel ist.

Bei beiden traditionellen Parteien Acción Democrática (AD, sozialdemokratisch) und COPEI (christdemokratisch) haben 16 bzw. elf Bürgermeisterämter erobert (nach 39 bzw. 18 im Jahr 2004). Die Neugründungen Un Nuevo Tiempo (UNT, sozialdemokratisch, acht Bürgermeister) und Primero Justicia (PJ, christdemokratisch, vier Bürgermeister) haben sich konsolidiert. COPEI, PJ und UNT stellen jeweils einen Gouverneur. Im Staat Carabobo dominiert die Partei Proyecto Vene-

zuela, die von Henrique Salas Römer und seinem Sohn Henrique Fernando Salas Feo im Stil eines erfolgreichen Familienunternehmens geführt wird. Der Sohn übernimmt zum dritten Mal das Amt des Gouverneurs, das zuvor schon sein Vater innehatte. Die Partei PODEMOS, die noch bis vor Kurzem „den Prozess“ unterstützt hat, konnte wider Erwarten nur zwei Bürgermeister, aber keinen Gouverneur stellen. Zuletzt regierte sie immerhin in zwei Staaten. Ihr kommt immer noch eine besondere Rolle zu, weil sie nach der seinerzeitigen Wahlenthaltung der Opposition nun die einzige oppositionelle Stimme im nationalen Parlament darstellt.

Die wegen zahlreicher Unregelmäßigkeiten nur begrenzt aussagefähigen Ergebnisse der Gouverneurswahlen vom November 2008 ergeben – auf die wichtigsten Oppositionsparteien bezogen und gerundet – das folgende Bild einer zersplitterten Parteienlandschaft:

Un Nuevo Tiempo	1 200 000
Acción Democrática	800 000
Primero Justicia	620 000
COPEI	470 000
Proyecto Venezuela	330 000
PODEMOS	200 000

Quelle: Consejo Nacional Electoral

Es war vor allem die Studentenbewegung, die immerhin fünf Millionen Stimmen mobilisieren konnte.

Auch der Verlauf der Kampagne gegen die Verfassungsänderung vom Februar 2009 hat die andauernde Krise der Parteien noch einmal deutlich vor Augen geführt. Es war vor allem die Studentenbewegung, die immerhin fünf Millionen Stimmen mobilisieren konnte. Die Parteien haben keine gemeinsame Kampagnenzentrale organisieren können und mussten nach der Niederlage heftige Kritik wegen ihres mangelhaften Einsatzes einstecken. Die Krise der venezolanischen Parteien geht in ihre dritte Dekade – mit einem sehr schwachen Silberstreif am Horizont.

AUSBLICK AUF ZEITEN DER KRISE

Am 27. Februar 2009 jährt sich der „Caracazo“ zum zwanzigsten Mal. Mit diesem chaotischen Volksaufstand und seiner blutigen Niederschlagung begannen zwei Jahrzehnte, in de-

nen eine tiefe Verachtung jeglicher Parteien die politische Szene prägte. Die alles durchdringende und noch lange nicht überwundene Korruption verstärkte diese in allen sozialen Schichten verbreitete Haltung. Es ist die Ära der so genannten „Antipolitik“, die nun langsam zu Ende gehen könnte. Die hohe Wahlbeteiligung vom 23. November 2008, die mit 65,4 Prozent den historischen Rekord bei Regionalwahlen markierte, ist ein wichtiges Vorzeichen für eine neue Epoche in der venezolanischen Parteiengeschichte. Paradoxerweise hat Präsident Chávez mit der erfolgreichen Gründung der Staatspartei PSUV das beste Argument dafür geliefert, dass auch seine Gegner sich wieder in Parteien organisieren. Im Wechselspiel von Opposition und „Prozess“ war es zuvor schon die Niederlage beim Referendum vom 2. Dezember 2007 gewesen, die dem chavistischen Lager den Schwung verliehen hatte, eine schlagkräftige Parteiorganisation aufzubauen, allerdings als eine reine Propagandamaschine, die – wesentlich von Militärs und ehemaligen Militärs verwaltet – eine Brücke zwischen Führer und Volk bilden soll. Möglicherweise provoziert und befördert die Bürokratisierung der chavistischen Bewegung eine Institutionalisierung der demokratischen Opposition als Form der zivilen Gegenwehr.

Nur eine Allianz der Oppositionsparteien mit einem attraktiven Programm und einer populären Führung wird den Chavismus irgendwann einmal besiegen können. Gegenwärtig erscheint die geballte bürokratische und finanzielle Macht von Regierung und Staatspartei nahezu unüberwindlich. Gefangen im Siechtum ihrer Zerrissenheit und organisatorischen Schwäche spricht sich die Opposition selber Mut zu: „Trotz allem haben wir fünf Millionen ‚spontane‘ Stimmen erhalten.“ Beim Mutmachen hilft die Fiktion, dass diese Stimmen ein *piso* seien, ein Fussboden, auf dem man aufbauen könne.

Manches spricht aber dafür, dass die heraufziehende Krise dem „starken Mann“, dem charismatischen Revolutionsführer, dem Herrscher über den Staatsapparat Hugo Chávez eher nützen als schaden wird. Zeiten der Krise waren schon immer Zeiten des Charismas. Am 15. Februar, in der Nacht seines Sieges beim Referendum, zeigte sich Präsident Chávez auf dem Balkon des Regierungspalastes Miraflores. Seine beiden Töchter rahmten ihn ein. Er hielt lange sein Enkelkind auf dem Arm. Die Akklamation durch das jubelnde Volk ist die Urscene der charismatischen Herrschaft. Die bürokratische Maschinerie der neuen Staatspartei hat mit ihrem hart erarbei-

teten Sieg beim Plebiszit das verblässende Charisma des Revolutionsführers mit frischem Glanz ausgestattet. Er präsentiert sich jetzt als der väterliche Beschützer in Zeiten der Krise.

Das Manuskript wurde im Februar 2009 abgeschlossen.